

BEAMTE

Von der Bundespolizei nach Saudi-Arabien

Der ehemalige Präsident der Bundespolizei, Matthias Seeger, hat Ende vergangenen Jahres eine Sicherheitsfirma gegründet, die sich vor allem um Kunden in Saudi-Arabien und anderen arabischen Staaten bemüht. Die German Protective Consulting AG bietet technische Ausrüstung sowie polizeiliche Ausbildung, Grenzschutz- und Anti-Piraterie-Konzepte an. Laut eigener Darstellung beschäftigt die

Firma vor allem ehemalige Angehörige deutscher Spezialeinheiten aus Polizei und Militär. Seeger, 58, war im Sommer 2012 vom damaligen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) ohne Begründung in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, was Gewerkschaften und Opposition erzürnte. Das Gesetz verpflichtet Ruhestandsbeamte, eine Beschäftigung, die mit ihrer dienstlichen Tätigkeit in den letzten fünf Jahren vor dem Ende des Beamtenverhältnisses verbunden ist, schriftlich anzuzeigen. Ob das in diesem Fall geschehen ist, will das Bundesinnenministerium unter Berufung auf den Datenschutz nicht sagen.

REGIERUNG

Verstimmung über Grube

Bahn-Chef Rüdiger Grube kann derzeit nicht darauf hoffen, dass sein 2017 auslaufender Vertrag vorzeitig verlängert wird. Dies sei „extrem unwahrscheinlich“, heißt es in Regierungskrei-

sen und im Bahn-Aufsichtsrat. Erklärt wird diese Zurückhaltung vor allem mit dem ungeschickten Vorgehen des Bahn-Chefs bei dem Versuch, Ex-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla als Lobbyisten in den Bahnvorstand zu holen. Auch Grubes Widerstand gegen das Eisenbahnregulierungsgesetz im vergangenen Jahr hatte in Berlin für erhebliche Verstimmung gesorgt. Das Gesetz hätte mehr Wettbewerb für das Staatsunternehmen bedeutet.



In Regierungskreisen wird zudem auf die „Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Bundes“ hingewiesen. In diesen Unternehmen sollen die Mitglieder von Vorständen nach Erreichen des 65. Lebensjahrs aus der Geschäftsleitung ausscheiden. 2017 wird Grube 66. Der Bahn-Chef hatte in der Vergangenheit vor Vertrauten erkennen lassen, dass er gern länger im Amt bliebe.

MENSCHENRECHTE

Strässer statt Löning

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer wird neuer Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. Er löst den FDP-Politiker Markus Löning ab. Strässer war von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) vorgeschlagen worden. Er hatte sich als zuständiger Berichterstatter im Europarat mit dem Regime in Aserbaidschan angelegt, das ihm mehrfach die Einreise verwei-

gerte. Eine von ihm erarbeitete Resolution, die die Freilassung von rund 50 politischen Gefangenen forderte, war von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vor einem Jahr abgelehnt worden. Strässer geriet Ende vergangenen Jahres wegen seiner Zeit als Vorsitzender der damaligen FDP-Jugendorganisation Jungdemokraten in die Schlagzeilen. Diese hatten 1980 einen Beschluss über die „freiwillige und einvernehmliche Sexualität“ mit Kindern gefasst, der zwei Jahre später korrigiert wurde. Strässer bezeichnete den Beschluss im Rückblick als „groben Unfug“.